

An die Vorsitzende  
des Kreistages Waldeck-Frankenberg  
Frau Iris Ruhwedel  
Kreistagsbüro  
Südring 2  
34497 Korbach

Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Kreistages: Beitritt zur internationalen Initiative „Seebrücke“

Sehr geehrte Frau Ruhwedel,

wir bitten um Aufnahme des folgenden Resolutionsantrags auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 16.09.2019.

Der Kreistag des Landkreises Waldeck- Frankenberg beschließt folgende Resolution:

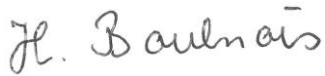
- Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen.
- Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unseres Landkreises und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Kreistag den Kreis Waldeck- Frankenberg als „sicheren Hafen“. Der Kreis nimmt im Rahmen seiner Möglichkeiten Geflüchtete auf.
- Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden, ebenso die Kriminalisierung der Seenotretter, die auf Grundlage des internationalen Seerechts und der seemännischen Tradition agieren.
- Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.
- Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Kreistag vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.

Begründung:

Der Kreistag des Landkreises Waldeck- Frankenberg unterstützt das Bündnis „Seebrücke“ und schließt sich der internationalen Initiative „Seebrücke“ an. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Der Kreis Waldeck- Frankenberg hat mit der Unterstützung zahlreicher Initiativen, Einwohnerinnen und Einwohnern sowie mit der Bereitstellung der benötigten Infrastruktur in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun, dieses gilt auch für in Seenot geratene Menschen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Kreistag fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich für diese Ziele einzusetzen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



H.Boulnois